



Ein gespaltenes Land auch im 25. Einheitsjahr

Ergebnisse einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

Fast die Hälfte der Deutschen ist auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung der Ansicht, dass es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt. So nimmt gut ein Drittel derjenigen Ostdeutschen, die generelle Unterschiede nicht abstreiten, Westdeutsche als arrogant wahr. Diese wiederum empfinden ihre Mitbürger im Osten teilweise als unzufrieden und anspruchsvoll. Die einzige Gemeinsamkeit besteht darin, dass sowohl Ost- als auch Westdeutsche ihre Landsleute im jeweils anderen Teil Deutschlands für besserwisserisch halten.

Zu diesem Befund kommt eine Befragung, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eigens für seine neue Studie „So geht Einheit“ vom GfK Verein hat durchführen lassen. Welches Bild Ost- und Westdeutsche voneinander und von sich selbst haben, ist dabei nur eines von 25 Themenfeldern, in denen diese Studie der Frage nachgeht, wie weit das einst geteilte Deutschland in den vergangenen 25 Jahren zusammengewachsen ist.

Bezug nehmend auf die Ergebnisse der Befragung sagte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktions- und Landesparteivorsitzende:

„Es muss doch sehr zu denken geben, dass ganz offensichtlich die Teilung nach 25 Jahren immer noch nicht überwunden ist. Und auch im ‚reichen Westen‘ ist die Lage gespalten mit

Blick auf bankrotte Kommunen und nahezu handlungsunfähige Bundesländer, wie das Saarland oder Bremen.“

„Es grenzt an eine Bankrotterklärung der über all die Jahre verantwortlichen CDU-Politik, dass Bürger in Ostdeutschland nur 80 Prozent des Einkommens eines Westdeutschen zur Verfügung haben, ostdeutsche Privathaushalte noch nicht einmal auf die Hälfte des Vermögens der westdeutschen kommen und anhand der Indikatoren für die Kaufkraft die Deutschlandkarte ebenfalls erschreckend ge-

Zu weiteren Ergebnissen der Studie gehört, dass bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und bei der Kinderbetreuung der Westen noch stark unter dem Ostniveau liegt. Auch die Vorstellung, dass Kinder Schaden davontrügen, wenn sie schon frühzeitig zeitweilig außerhalb des eigenen Zuhauses betreut werden, ist im Osten deutlich schwächer ausgeprägt.

Weitgehend angenähert haben sich Ost und West bei den Konsumgewohnheiten und den Bildungsabschlüssen, der Lebenserwartung und den Kinderzahlen. Nach dem „Geburtenloch“, dem massiven Einbruch der Kinderzahl je Frau in den neuen Bundesländern zu Beginn der 1990er Jahre, hat sich dieser Wert inzwischen bundesweit bei rund 1,4 eingependelt. In einigen Teilen Ostdeutschlands liegt er heute sogar über



teilt bleibt“, so die Landespolitikerin weiter. Sie verwies auf die Einschätzung der Forscher, dass es wohl mindestens eine weitere Generation bis zur tatsächliche Einheit dauern wird.

dem Durchschnitt, was vor allem an dem geringeren Anteil Kinderloser liegt.

<http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/so-geht-einheit.html>

AKTUELL

Schlichtungs-Honorar für Bergbaumuseum

Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky besuchten am 24. Juli das Bergbaumuseum in Bischofferode, wo sie das Honorar für die Schlichtung mit der Bahn an den Thomas-Müntzer-Kaliververein (20.000 Euro) und den Kreisverband Eichsfeld des Blinden- und Sehbehindertenverbandes (10.000 Euro) überreichten.

Die Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag und Landesparteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, zeigte sich hoch erfreut über die „Spenden mit hoher Symbolkraft“ und nahm diese besondere Geste zum Anlass, Bodo Ramelow

nochmals zu danken für sein enormes ehrenamtliches Engagement, mit dem er maßgeblich zum erfolgreichen Tarifabschluss der GDL bei der Deutschen Bahn beigetragen habe. Dadurch konnte der einjährige Tarifkonflikt beendet werden.

Weitere Spende für Eichsfelder Verband der Blinden und Sehbehinderten

Die Fraktionsvorsitzende würdigte zugleich den Thomas-Müntzer-Kaliververein Bischofferode e.V. und dessen ehrenamtlichen Einsatz für das Bergbaumuseum, mit dem auch die Erinnerung an den Arbeitskampf der Kali-Kumpel wach gehalten wird. Das Bergwerk war trotz des verzweifelten Hungerstreiks Ende 1993 geschlossen worden. Wie

Vereinsvorsitzender Gerhard Jüttemann informierte, könne dank der großzügigen Spende nun endlich ein Mitarbeiter zur Besucherbetreuung des Museums finanziert werden.

Mit hohem Engagement ist auch der Kreisverband Eichsfeld des Blinden- und Sehbehindertenverbandes aktiv. So bietet er spezielle Stadtführungen für Blinde und Sehbehinderte an und im Projekt Schule werden die Schüler für die Probleme von Sehbehinderten sensibilisiert. Der Kreisvorstand Eichsfeld freut sich sehr über die Spende.

Der langjährige Vorsitzende des Kreisverbandes Ralf Lindemann kündigte an, das Geld für die umfangreiche Arbeit und zahlreichen Projekte sowie die überregionale Beratungsstelle in Heiligenstadt verwenden zu wollen.

KOMMENTIERT:

von Diana Skibbe

Schutzstandards

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) darf Deutschland keine anderen Grenzwerte für Arsen, Antimon und Quecksilber in Spielzeug ansetzen als die in der Spielzeugrichtlinie von 2009 genannten. Deutschland habe nicht nachweisen können, dass seine einzelstaatlichen Bestimmungen die Gesundheit besser schützen können als die gültigen EU-Vorschriften (EuGH-Urteil vom 9. Juli 2015, Az. C-360/14 P).

Formal hat das Gericht zwar den Mitgliedsstaaten die Möglichkeiten zur Festsetzung strengerer Grenzwerte als in der EU belassen, aber praktisch wird das zukünftig nur noch schwerer durchsetzbar sein. Das Urteil legt so hohe Hürden an den Nachweis des stärkeren Schutzes durch abweichende Grenzwerte, dass dieser im Alltag kaum zu führen sein wird.

Das ist unproblematisch, solange die Grenzwerte der EU ein entsprechendes Schutzniveau bieten, wenn dies aber nicht mehr der Fall ist, z.B. durch Lobbyeinfluss von Unternehmen, schadet dies Verbraucher- und Umweltschutz. Das Urteil muss daher auch Anstoß sein, für möglichst hohe Standards in der gesamten EU zu kämpfen und diese auch gegen Eingriffe durch Freihandelsabkommen, wie TTIP und CETA, zu schützen.

Es sollte auch zusammen mit Verbraucherschutzverbänden geklärt werden, was das Urteil tatsächlich für das Schutzniveau zugunsten bzw. zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern bedeutet. Eine Aufweichung des Schutzniveaus auch für andere Bereiche ist nicht hinnehmbar. Wegen der Grundsätzlichkeit der Entscheidung besteht aber die Gefahr, dass es auch für andere Fälle der Grenzwertbestimmung – z.B. im Bereich von Lebensmitteln – zur Aufweichung kommt.

Das alles ist keine entfernte in Brüssel angesiedelte Problematik, sondern betrifft auch den Alltag der Menschen in Thüringen. Es müssen alle Handlungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, um die tatsächliche Um- bzw. Durchsetzbarkeit von strengeren Standards der Mitgliedsstaaten gegenüber der EU abzusichern, zumal wenn es, wie im aktuellen Fall, um den Schutz vor Gesundheitsgefahren geht.

Diana Skibbe ist Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag